

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 25. —

(Nr. 4031.) Walbkulturgesetz für den Kreis Wittgenstein. Vom 1. Juni 1854.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen *rc. rc.*

verordnen, unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

§. 1.

Im Kreise Wittgenstein können in jedem Gemeindebezirke alle diejenigen Grundstücke, welche im Flurbuche als Außenländereien bezeichnet und bisher nicht zum regelmäßigen Fruchtbau benutzt worden sind, mit Ausschluß jedoch derjenigen, welche zu den Besitzungen eines der Fürstlichen Häuser Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg gehören, Behufs ihrer Benutzung zur Walbkultur auf den Antrag auch nur eines der dabei theilhaftigen Eigenthümer zu einem Ganzen vereinigt werden. Die übrigen Eigenthümer sind zu ihrer Erklärung über einen solchen Antrag zu einem frühestens vier Wochen nach beendigter Vorladung anzuberaumenden Termine unter der Verwarnung vorzuladen, daß die Nichterscheinenden für zustimmend werden erachtet werden.

Widerspricht in diesem Termine die Mehrzahl aller Theilhaftigen, nach dem Katastral-Reinertrage berechnet, der Vereinigung nicht, so ist dem Antrage Folge zu geben.

§. 2.

Einzelne der im §. 1. gedachten Grundstücke können von der Vereinigung ausgeschlossen bleiben, sobald sämtliche Theilhaftige darüber einverstanden sind.

Die Ausschließung muß dagegen erfolgen, wenn dergleichen Grundstücke vermöge ihrer Lage in den Wirthschaftsplan des Walbkörpers nicht passen, und auch nur Einer der Theilhaftigen darauf anträgt.

Andere als die im §. 1. erwähnten Grundstücke müssen, wenn sie vermöge ihrer Lage in den Wirthschaftsplan des Waldkörpers passen, auf Antrag ihrer Eigenthümer zu der Vereinigung verflattet werden. Es gilt dies auch von den Ländereien, welche einem der beiden Fürstlich Wittgensteinschen Häuser gehören, sie mögen im Flurbuche als Außenländereien bezeichnet sein oder nicht.

§. 3.

Die Eigenthümer der vereinigten Grundstücke bilden eine Waldgenossenschaft, welcher die Rechte einer juristischen Person zustehen, und auf welche das Eigenthum dieser Grundstücke übergeht.

Jeder Waldgenosse erhält an Stelle der von ihm eingeworfenen Grundstücke:

- 1) nach Verhältniß ihres Katastral-Reinertrages, oder wenn dadurch eine erhebliche Verletzung entstehen sollte, nach Verhältniß ihres wirklichen Reinertrages, und zugleich
- 2) nach Verhältniß ihres Holzbestandes,

eine oder mehrere auf seinen Namen lautende Holzaktien.

§. 4.

Alle Holzaktien einer Waldgenossenschaft sind von gleichem Werthe. Ihre Zahl wird bei der Bildung der Genossenschaft, dem Bedürfnisse gemäß, ein- für allemal festgesetzt.

Ueber die Einwendungen gegen die Berechnung der Antheile der Waldgenossen, insbesondere gegen die Anwendung des Katastral-Reinertrages, gegen die Höhe des wirklichen Ertrages und gegen die Holzabschätzung werden Schiedsrichter vernommen.

Soweit sich die Antheile der einzelnen Waldgenossen nicht durch volle Holzaktien abfinden lassen, tritt unter den Interessenten eine Abfindung in baarem Gelde ein.

Ueber die Holzaktien wird ein Lagerbuch geführt.

§. 5.

Eine Holzaktie darf nicht getheilt werden.

§. 6.

Die Waldgenossenschaft kann sich wegen Erfüllung der Genossenschaftspflichten so lange an den bisherigen Eigenthümer halten, bis die Umschreibung des Eigenthums in dem Lagerbuche entweder auf den Antrag des bisherigen Eigenthümers nach Maaßgabe des über die Veräußerung beigebrachten glaubhaften Nachweises, oder auf den Antrag des neuen Eigenthümers geschehen ist.

§. 7.

§. 7.

Hypothekengläubiger und andere Realberechtigte, Nießbraucher, Wiederkaufsberechtigte und Pächter der zur Genossenschaft gezogenen Grundstücke dürfen deren Vereinigung nicht widersprechen. Der Zuziehung dieser Personen bei dem Vereinigungsgeschäfte bedarf es nicht. Die Rechte, welche denselben bisher an den gedachten Grundstücken zustanden, gehen auf die an die Stelle dieser Grundstücke tretenden Holzaktien und Kapitalausgleichungen über.

Wegen Sicherung der Rechte dieser Personen kommen dieselben Vorschriften in Anwendung, welche in Ansehung der Sicherung der Ansprüche dritter Personen an Rentenbriefen und Ablösungskapitalien gelten.

§. 8.

Servituten, welche auf den zur Genossenschaft gezogenen Grundstücken haften, erleiden durch diese Vereinigung keine Veränderung. Insbesondere schließt die Vereinigung die Fortdauer bestehender Hütungsrechte nicht aus. Die Weideberechtigten müssen sich aber die Benutzung der vereinigten Grundstücke zur Holzzucht gefallen lassen, und sich ohne Entschädigung denjenigen Beschränkungen unterwerfen, welchen die Ausübung der Waldweide nach allgemeinen Gesetzen unterliegt.

Weideberechtigte, welche nicht gleichzeitig Mitglieder der Genossenschaft sind, müssen jedoch wegen Beschränkung in der Ausübung der Weide auf den zur Genossenschaft gezogenen Grundstücken entschädigt werden.

§. 9.

Auf den Umfang der Berechtigungen in fremden Forsten, welche den Eigenthümern der eingeworfenen Grundstücke vor deren Vereinigung etwa zugestanden haben, bleibt der Holz- und Streu-Ertrag, welcher den Waldgenossen zufällt, ohne Einfluß.

§. 10.

Die vereinigten Grundstücke müssen zu einer für sie nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen geeigneten Holzkultur benutzt werden.

Die Wirthschaftsart und der Betriebsplan werden, unbeschadet späterer Abänderungen, bei der Errichtung der Genossenschaft bestimmt. Es kann dabei eine Uebergangszeit festgestellt werden, während welcher ein Theil der vereinigten Grundstücke Behufs der Streugewinnung und der gemeinschaftlichen Hütung noch von der Forstkultur ausgeschlossen bleiben soll. Die Art der Streugewinnung und Hütung wird aber in diesem Falle durch die Genossenschaftsverwaltung geregelt und bestimmt.

§. 11.

Zu den Kosten der ersten Kultivirung, der Erhaltung und Verwaltung des Waldes, sowie zu sonstigen Lasten desselben, desgleichen zu den etwa erforderlichen Diensten und Naturalleistungen, haben die Waldgenossen nach Verhältniß der Zahl ihrer Aktien beizutragen.

§. 12.

Nach demselben Verhältnisse (§. 11.) werden die den Waldgenossen gebührenden Nutzungen des Waldes, und zwar entweder in Gelde oder in Natur getheilt.

§. 13.

Zur Vorbereitung der Naturaltheilung der Forstinutzungen ist bei der Bildung der Genossenschaft ein- für allemal zu bestimmen, in wie viel Haupttheile (Stammjähne) der jedesmalige Jahresschlag zerfallen soll. Jeder Waldgenosse ist bei der Theilung des Jahreschlages mit seinen sämtlichen Holzaktien möglichst in Einen Stammjahn einzuweisen.

§. 14.

Zur Vertretung der Waldgenossenschaft in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere zur Führung der gesamten Verwaltung des Waldes und zur Verhandlung mit Behörden und dritten Personen, hat die Versammlung der Waldgenossen einen vom Kreislandrathe zu bestätigenden Vorsteher und einen Stellvertreter zu wählen.

Ueber die Art der vorzunehmenden Wahl, die Dauer des Amtes, die Befoldung des Vorstehers, den Nachweis seiner Legitimation u. s. w. wird das Erforderliche bei Errichtung der Genossenschaft in dem Rezeß (§. 19.) festgesetzt.

Wenn der Landrath den erwählten Vorsteher oder den Stellvertreter nicht bestätigt, so ist binnen angemessener Frist eine andere Wahl zu veranlassen. Fällt auch diese auf keine Person, die der Landrath bestätigen kann, so steht die Ernennung der Regierung zu Arnberg zu.

§. 15.

Der Beschluß der Versammlung der Waldgenossen muß eingeholt werden:

a) zu Abänderungen der anfänglich bestimmten Wirthschaftsart und des Betriebsplanes; ferner darüber:

b) ob

- b) ob und wie lange ein periodischer Fruchtbau nach dem Abtriebe des Holzes stattfinden soll;
- c) ob der Holzertrag verkauft oder in Natur vertheilt werden soll;
- d) ob die Forstarbeiten von den Waldgenossen zu verrichten oder für Geld zu beschaffen sind;
- e) über die Art der Ausübung der Wald-Nebennutzungen;
- f) über die Nothwendigkeit der Anstellung und über die Höhe der Besoldung von Genossenschaftsbeamten, insbesondere auch über die Anstellung und Besoldung eines besonderen Rendanten;
- g) über Veränderungen der Substanz des Waldes und die Kontrahirung von Darlehen;
- h) über die Erwerbung einer Aktie durch die Genossenschaft.

Wenn der Vorsteher mit einem Beschlusse der Versammlung nicht einverstanden ist, so kann er die Ausführung desselben suspendiren. Er muß aber in diesem Falle alsbald die Entscheidung der Königlichen Regierung einholen, welche alsdann befolgt werden muß.

§. 16.

Alle Beschlüsse der Waldgenossen werden durch absolute Stimmenmehrheit der auf ortsübliche Vorladung aller betheiligten Erschienenen, nach der Zahl ihrer Aktien berechnet, gefaßt.

Aktienbesitzer, welche nicht am Orte der Gemeinde wohnen, können sich durch andere, schriftlich bevollmächtigte Waldgenossen vertreten lassen.

§. 17.

In allen im §. 15. nicht bezeichneten Angelegenheiten steht dem Vorsteher die selbstständige Verfügung zu. Er hat die Genossenschaft erforderlichenfalls zu berufen und in ihren Versammlungen den Vorsitz zu führen. Er hat das Lagerbuch der Genossenschaft, sowie das Kassen- und Rechnungswesen in Ordnung zu halten. Ihm liegt es ob, die Verwaltung des Waldes zu führen, die Beiträge zu den Kosten der Waldwirthschaft und die Naturalleistungen auszuschreiben, die Vertheilung der Forstnutzungen zu leiten, die erforderlichen Beamten (§. 15. litt. f.) anzustellen und zu beaufsichtigen, überhaupt für Aufrechterhaltung der Ordnung im Walde zu sorgen.

Zu diesem Zwecke ist er befugt, gegen die Waldgenossen und Beamten Ordnungsstrafen bis zur Höhe von Einem Thaler anzudrohen und festzusetzen, rückständige Naturalleistungen für Rechnung der Säumigen bewirken zu lassen, und wegen der dadurch erwachsenen Kosten, sowie wegen rückständiger Geldbeiträge Exekution zu veranlassen, welche im Verwaltungswege zu vollstrecken ist.

Zur Anstellung von Beamten hat er die Genehmigung des Kreislandrathes einzuholen.

§. 18.

Der Antrag auf Bildung der Genossenschaft ist bei dem Kreislandrathe anzubringen, welcher davon der Generalkommission zu Münster Anzeige zu machen und die Verhandlungen darüber entweder selbst zu bewirken, oder den betreffenden Amtmann oder Bürgermeister damit zu beauftragen hat.

Dem Landrathe, dem Amtmanne und dem Bürgermeister stehen dabei alle Rechte und Pflichten eines Spezialkommissarius der Auseinandersetzungs-Behörden zu.

Die Zurücknahme einer nach §. 1. durch Beschluß der Mehrheit begründeten Provokation ist nur mit Einwilligung aller Betheiligten zulässig.

§. 19.

Die Generalkommission zu Münster wird mit der oberen Leitung des Vereinigungsgeschäftes beauftragt. Sie ist ermächtigt, mit Genehmigung des Oberpräsidenten dazu andere als die im §. 18. bezeichneten Kommissarien zu ernennen. Sie entscheidet über die vorkommenden Streitigkeiten in erster Instanz und über Beschwerden gegen die vom Spezialkommissar festgesetzten Interimistika in zweiter Instanz.

Für das Verfahren, den Instanzenzug, rücksichtlich der Wahrnehmung der öffentlichen Interessen und Rechte dritter Personen, der Errichtung und Bestätigung des Rezeßes, sowie der Sorge für die Berichtigung der bisherigen Hypothekenfolien über die zur Genossenschaft gezogenen Grundstücke, sowie des für die Genossenschaft anzulegenden Hypothekenfoliums, gelten die für Gemeintheilungen und Ablösungen bestehenden Vorschriften.

Der Rezeß soll als Genossenschaftsstatut alle Bestimmungen enthalten, welche die besonderen Verhältnisse neben den Bestimmungen dieses Gesetzes erforderlich machen.

Die Holzaktien werden von der Generalkommission ausgefertigt.

§. 20.

Wegen der Kosten des Verfahrens gelten die für Gemeintheilungen vorgeschriebenen Bestimmungen.

Für die vom Kreislandrathe, vom Amtmanne und vom Bürgermeister besorgten Geschäfte werden aber keine Reisekosten, Diäten und Kopialien in Ansatz gebracht.

§. 21.

Nach erfolgter Rezeßbestätigung tritt die Waldgenossenschaft unter die Aufsicht des Kreislandrathes und der Regierung zu Arnberg.

Der

Der Vorsteher der Genossenschaft ist den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten verpflichtet. Streitigkeiten unter den Waldgenossen, sowie zwischen diesen und ihren Beamten über innere Angelegenheiten, sind mit Ausschluß des Rechtsweges durch den Kreislandrath, vorbehaltlich des Rekurses an die Regierung, zu entscheiden. Auch hat der Landrath diese Entscheidungen in Vollzug zu setzen.

Ueber die Verwaltung des gemeinschaftlichen Waldes wird der Regierung dasselbe Aufsichtsrecht beigelegt, welches ihr nach der Königlich Verordnungs vom 24. Dezember 1816. über die Verwaltung der Gemeindewaldungen zusteht.

§. 22.

Die Auflösung einer nach dem gegenwärtigen Gesetze errichteten Waldgenossenschaft und die Theilung ihres Waldeigenthums ist nur nach vorgängigem Beschlusse der Genossenschaft mit landesherrlicher Genehmigung zulässig.

§. 23.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen und Instruktionen sind von dem Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten zu erlassen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beige-
drucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Sanssouci, den 1. Juni 1854.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.
v. Bodelschwingh. Gr. v. Waldersee.

(Nr. 4032.) Allerhöchster Erlaß vom 1. Juni 1854., betreffend die Bestätigung des Statuts wegen Bildung einer Genossenschaft zur Ent- und Bewässerung der Grundstücke in dem Bachthale zwischen Udenau und Leimbach.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen *rc. rc.*

ertheilen hierdurch dem in der beiliegenden Verhandlung d. d. Udenau, den 15. Juli 1852. enthaltenen, von der Mehrzahl der Betheiligten genehmigten Statute wegen Bildung einer Genossenschaft zur Ent- und Bewässerung der Grundstücke in dem Bachthale zwischen Udenau und Leimbach, auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1843. §§. 56. 57. (Gesetz-Sammlung für 1843. S. 51.) und des Gesetzes vom 11. Mai 1853. Artikel 2. (Gesetz-Sammlung für 1853. S. 183.) Unsere landesherrliche Bestätigung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Sanssouci, den 1. Juni 1854.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Westphalen.

Verhandelt Udenau, den 15. Juli 1852.

Vor dem unterzeichneten Bürgermeister erschienen die Eigenthümer der Grundstücke in dem Bachthale zwischen Udenau und Leimbach, wie sie auf der beigefügten Karte des Wiesenbaumeisters Knipp vom 20. Mai 1852. näher bezeichnet sind, und verabreden unter sich folgenden Genossenschaftsvertrag auf Grund des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843. §§. 56. ff. (Gesetz-Sammlung vom Jahre 1843. S. 51.).

§. 1.

Die Besitzer der vorgedachten Grundstücke bilden einen Wiesenverband, um den Ertrag ihrer Grundstücke durch Ent- und Bewässerung zu verbessern. Der Verband wählt sein Domizil bei seinem jedesmaligen Vorsteher.

§. 2.

Die Haupt-Be- und Entwässerungsgräben, die Wehre und Schützen, über-

überhaupt alle zur vortheilhaften Verieselung der Verbandswiesen erforderlichen Anlagen, werden auf gemeinschaftliche Kosten des Verbandes gemacht und unterhalten, nach einem Plan, welcher durch den bestellten Wiesenbaumeister anzufertigen und in Streitfällen von der Regierung festzustellen ist.

Die Besaamung, der Umbau und die sonstige Unterhaltung der einzelnen Wiesenparzellen durch Planirung, Düngung u. bleibt den Eigenthümern überlassen, jedoch sind dieselben gehalten, dabei den Anordnungen des Wiesenvorstehers im Interesse der ganzen Anlage Folge zu leisten; auch können sie die Ausführung der ihnen obliegenden Arbeiten dem Wiesenwärter des Verbandes für ihre Rechnung übertragen.

§. 3.

Die Beiträge zur Anlegung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von den Genossen nach Verhältniß ihrer theiligten Flächen aufgebracht.

Der Bürgermeister setzt die Hebelisten auf Antrag des Wiesenvorstehers fest und läßt die Beiträge von den Säumigen durch administrative Exekution zur Kommunalkasse einziehen.

Die Anlagen werden in der Regel im Tagelohn, vorzugsweise durch ärmere Wiesenbaugenossen, ausgeführt unter Leitung eines Wiesenbaumeisters, wo es indeß zweckmäßig ist, sollen die Arbeiten nach Bestimmung des Vorstandes an den Mindestfordernden verdungen werden.

Ausnahmsweise kann der Vorstand auch die Anlagen durch Naturalleistung der Eigenthümer ausführen lassen.

In solchen Fällen ist der Wiesenvorsteher befugt, die nicht rechtzeitig oder nicht gehörig ausgeführten Arbeiten nach einmaliger vergeblicher Erinnerung auf Kosten der Säumigen machen und die Kosten von denselben durch Exekution betreiben zu lassen. Eben dazu ist der Wiesenvorsteher befugt bei Arbeiten, welche den einzelnen Genossen für ihre Grundstücke obliegen und im Interesse der ganzen Anlage nicht unterbleiben dürfen.

§. 4.

Die Anlegung der nöthigen Gräben, Wehre u. muß jeder Wiesengenosse ohne Weiteres gestatten und den dazu erforderlichen Grund und Boden in der Regel unentgeltlich hergeben. Soweit ihm der Werth nicht durch das an den Dammdossirungen und Uferändern wachsende Gras oder andere zufällige Vortheile ersetzt werden sollte, ist Entschädigung zu gewähren. Streitigkeiten hierüber werden mit Ausschluß des Rechtsweges schiedsrichterlich entschieden. (cfr. §. 9.)

§. 5.

Die Angelegenheiten des Wiesenverbandes werden geleitet von einem Wiesenvorsteher und zwei Wiesenschöffen, welche zusammen den Vorstand bilden. Von den Schöffen hat einer die Kasse zu führen. Dieselben bekleiden sämmtlich ein Ehrenamt, doch erhält der Wiesenvorsteher als Ersatz für baare Auslagen jährlich fünf Silbergroschen pro Morgen.

§. 6.

Die Mitglieder des Vorstandes werden von den Wiesengenossen aus ihrer Mitte auf drei Jahre gewählt, nebst zwei Stellvertretern für die Wiesenschöffen.

Der Bürgermeister beruft die Wahlversammlung und führt den Vorsitz in derselben. Er verpflichtet die Gewählten durch Handschlag an Eidestatt. Minderjährige und moralische Personen können durch ihre gesetzlichen Vertreter, Ehefrauen durch ihre Ehemänner mitstimmen. Wählbar ist derjenige, welcher mindestens Einen Morgen Wiese besitzt und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntniß verloren hat. Im Uebrigen sind bei der Wahl die Vorschriften für Gemeindewahlen zu beobachten.

Zur Legitimation des Vorstandes dient das vom Bürgermeister bescheinigte Wahlprotokoll.

§. 7.

Der Wiesenvorsteher ist die ausführende Verwaltungsbehörde des Verbandes und vertritt denselben anderen Personen und Behörden gegenüber.

Er hat insbesondere:

- a) die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Bewässerungsplane mit Hülfe des vom Vorstande erwählten Wiesenbau-meisters zu veranlassen und dieselbe zu beaufsichtigen;
- b) die Beiträge auszuschreiben, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung zu revidiren;
- c) die Boranschläge und Jahresrechnungen den Wiesenschöffen zur Feststellung und Abnahme vorzulegen;
- d) den Wiesenwärter und die Unterhaltung der Anlagen zu beaufsichtigen, und die halbjährige Grabenschau im April und November mit den Wiesenschöffen abzuhalten;
- e) den Schriftwechsel für den Wiesenverband zu führen und die Urkunden desselben zu unterzeichnen; zur Abschließung von Verträgen ist die Zustimmung der Wiesenschöffen nöthig;

f) die

f) die Ordnungsstrafen gegen Mitglieder des Verbandes wegen Verletzung dieses Statuts und der besonders dazu erlassenen Reglements bis zur Höhe von Einem Thaler festzusetzen und zur Kasse einzuziehen. In Behinderungsfällen läßt sich der Wiesenvorsteher durch einen Wiesenschöffen vertreten.

§. 8.

Zur Bewachung und Bedienung der Wiesen stellt der Vorstand einen Wiesenwärter auf dreimonatliche Kündigung an, dessen Lohn die Generalversammlung der Genossen bei der Wahl des Vorstandes ein- für allemal bestimmt.

Die Wahl des Wiesenwärters unterliegt der Bestätigung des Landrathes. Der Wiesenwärter allein ist befugt zu wässern und muß so wässern, daß alle Parzellen den verhältnißmäßigen Antheil am Wasser erhalten.

Kein Eigenthümer darf die Schleusen eröffnen oder zusetzen oder überhaupt die Bewässerungsanlage eigenmächtig verändern, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von zwei Thalern für jeden Kontraventionsfall.

Der Wiesenwärter wird als Feldhüter vereidigt; er muß den Anweisungen des Wiesenvorstehers pünktlich Folge leisten und kann von demselben mit Verweis und Geldbuße bis zu Einem Thaler bestraft werden.

§. 9.

Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern des Verbandes über das Eigenthum von Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder andern Nutzungsrechten und über besondere, auf speziellen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden nach erfolgter Feststellung des Bewässerungsplanes durch die Regierung (cfr. §. 2.) alle anderen, die gemeinsamen Angelegenheiten des Verbandes oder die vorgebliche Beeinträchtigung eines oder des andern Genossen betreffende Beschwerden von dem Vorstande untersucht und entschieden.

Gegen die Entscheidung des Vorstandes steht jedem Theile der Rekurs an ein Schiedsgericht frei, welcher binnen zehn Tagen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Wiesenvorsteher angemeldet werden muß. Ein weiteres Rechtsmittel findet nicht statt. Der unterliegende Theil trägt die Kosten.

Das Schiedsgericht besteht aus dem Bürgermeister und zwei Beisitzern, von denen einer Wiesenbesitzer sein muß, und darf keiner Mitglied des Verbandes sein. Die Beisitzer nebst einem Stellvertreter für jeden werden von der Generalversammlung der Wiesengenossen auf drei Jahre gewählt.

Wenn der Bürgermeister selbst Mitglied des Verbandes sein sollte, so muß der Landrath auf Antrag jedes Betheiligten einen anderen unparteiischen Vorsitzenden des Schiedsgerichts ernennen. Dasselbe kann der Landrath thun, wenn sonstige Einwendungen gegen die Person des Bürgermeisters von den Betheiligten erhoben werden, welche dessen Unparteilichkeit nach dem Ermessen des Landrathes beeinträchtigen.

§. 10.

Wegen der Wässerungsordnung, der Grabenräumung, der Heuwerbung und der Hütung auf den Wiesen hat der Vorstand die nöthigen Bestimmungen zu treffen und kann deren Uebertretung mit Ordnungsstrafen bis zu drei Thaler bedrohen.

§. 11.

Der Wiesenverband ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen.

Das Aufsichtsrecht wird von dem Kreislandrath, von der Königlichen Regierung in Coblenz als Landespolizeibehörde und von dem Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten gehandhabt in dem Umfange und mit den Befugnissen, welche den Aufsichtsbehörden der Gemeinden zustehen.

§. 12.

Das Statut kann nur mit Genehmigung des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten abgeändert werden.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

(Folgen die Unterschriften.)

(Nr. 4033.) Allerhöchster Erlaß vom 25. Juni 1854., betreffend den Erlaß der herkömmlichen Prinzessinnen-Steuer bei der Vermählung der Prinzessin Luise Königlicher Hoheit.

Ich will bei der bevorstehenden Vermählung Meiner Nichte, der Prinzessin Luise Königlicher Hoheit, die herkömmliche Prinzessinnen-Steuer, unter Vorbehalt des Rechts in künftigen Fällen, hierdurch erlassen und beauftrage das Staatsministerium, diese Order durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 25. Juni 1854.

Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel.

An das Staatsministerium.

Rebigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.
(Rudolph Decker.)